

Rat PPP 24.6.13/Redebeitrag Klaus Riepe

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

Gestatten Sie mir, folgende Zitate vorzutragen:

1. Zitat:

"PPP schädigt den Mittelstand, da in Ausführung und Unterhalt in der Regel nur Großkonzerne zum Zuge kommen. Unterm Strich ist PPP für die öffentliche Hand meist teurer: Etwaige niedrigere Baukosten werden durch die Renditeerwartungen des Investors ausgeglichen. Außerdem ist eine Fremdfinanzierung durch Investoren unnötig: niemand kommt an so günstige Kredite wie die öffentliche Hand.

PPP ist eine versteckte Verschuldung der öffentlichen Haushalte, da Investitionskosten in die Zukunft verlagert werden. Außerdem: Kosteneinsparungen werden meist über niedrigere Löhne oder weniger Personal erreicht."

2. Zitat:

"PPP-Verträge sind hochkomplex. Weder Verwaltung noch Ratsmitglieder haben die Möglichkeit, sich ausreichend mit der Materie zu beschäftigen.

Verträge, deren Inhalte meist nicht alle Entscheidungsträger einsehen dürfen, können von privaten Investoren und deren hoch spezialisierten Anwälten leicht zum Nachteil der Kommunen gestaltet werden. Obwohl teure Spezialanwälte und Berater bezahlt werden müssen, stellt sich für die Kommune erst nach Jahrzehnten heraus, welche Folgen der Vertrag hat.

Über den langen Zeitraum ändern sich Nutzungen und Anforderungen an das Gebäude Die Gemeinde ist bei PPP-Immobilien jedoch nicht mehr „Herr im Haus“. Beispielsweise

sind heute Standards hinsichtlich Energieeffizienz und technischer Ausstattung ganz andere als vor 20 Jahren.

Möchte die Kommune z.B. eine Energiesparmaßnahme durchführen, entscheidet bei einem PPP-Gebäude der Investor und diktiert die Konditionen.

Ein Stück demokratischer Gestaltungsmöglichkeit der öffentlichen Hand geht verloren."

Das bürgerforum kann die grundsätzlich kritische Einschätzung, die in diesen Zitaten zum Ausdruck kommt, mittlerweile voll und ganz teilen.

Wen habe ich hier zitiert?

Antwort:

Das 1. Zitat stammt von Frau Dittmann-Chylla, Kreisrätin und Sprecherin der Grünen im Landkreis München,

und das 2. von Herrn Büchler, Sprecher der Grünen im Landkreis München, die PPP ablehnen und vor dem Finanzierungsmodell PPP warnen.

Ich bin gespannt, wie sich die grüne Fraktion heute entscheidet, nachdem sie am 3.12.12 der Vorlage 0647 zugestimmt hat.

Wir haben uns am 3.12. bei der Abstimmung über die Vorlage 0647 enthalten. Mittlerweile würden wir sie ablehnen.

Fakt ist: Wenn diese Vorlage nicht im Nachgang abgelehnt und der nichtöffentlichen Vorlage 0753 zugestimmt wird, ist dies ein weiterer Schritt in Richtung PPP.

Neben den genannten grundsätzlichen Bedenken – Herr Karpowicz, es handelt sich nicht um eine Glaubensfrage, sondern

um eine Risikoabwägung – sprechen für uns darüber hinaus gegen PPP folgende Gründe:

- PPP erscheint uns nicht mehr als die nachhaltigste und wirtschaftlichste Lösung für die Rathaussanierung.**
- Ganz wichtig aber – und hier nehme ich den letzten Satz von Herrn Büchler auf -: Die Maßnahme ist wegen der wechselnden Rahmenbedingungen im Zuge der langen Laufzeit der finanziellen Belastung nicht gut durch den Rat kontrollierbar.**

Die Alternativen?

Dazu zwei Bemerkungen:

- Reale Alternativen zu PPP sind bisher nie ernsthaft geprüft worden. Geprüft worden ist als Alternative zu PPP die sog. Nullvariante, die selbstverständlich gegenüber PPP in Hinblick auf Wirtschaftlichkeit schlechter abgeschnitten hat. Offenbar stand PPP trotz anders lautender zwischenzeitiger Versicherungen der Verwaltung für die Verwaltung von vornherein fest.**
- Nicht geprüft worden ist die Projektabwicklung über einen Generalunternehmer, vorgeschaltet Generalübernehmer.**
- Nicht geprüft worden ist aber vor allem, ob das Maß der mit PPP geplanten Nutzungsverdichtung – ein entscheidender Grund für die prognostizierte Wirtschaftlichkeit von PPP - bei bestehendem und bestens funktionierendem Technischen Rathaus mit extrem günstiger Miete überhaupt sinnvoll ist. Wir bezweifeln das.**

Würde das Technische Rathaus über 2018 hinaus am jetzigen Standort Annenstraße verbleiben, würde sich der jetzt quasi als Drohkulisse aufgebaute Zeitdruck auflösen und die Sanierung einschließlich Planung überlegter und mit mehr Ruhe erfolgen können.

Eine Anmerkung zum Schluss: Was wir überhaupt nicht nachvollziehen können, ist der Hinweis der Verwaltung, die fachkompetente Begleitung des Projekts Rathaussanierung ohne PPP sei für sie zu komplex.

Wenn das als zureichender Grund für eine Pro-PPP-Entscheidung und die Abwicklung zukünftiger finanzieller Engagements durchgeht, wird die bekanntlich finanziell extrem klamme Stadt in Zukunft auf Kosten der Bürger doppelte Personalkosten schultern müssen: für das eigene Personal und das der beauftragten Unternehmen, an die die eigentlich inhäusig abzuwickelnden Leistungen delegiert werden.

Aus den vorgetragenen Gründen lehnen wir die Vorlagen 0647 und 0753 im nichtöffentlichen Teil ab.

Ich danke Ihnen.